

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1869

10.4.1869 (No. 84)

Karlsruher Zeitung.

Samstag, 10. April.

N. 84.

Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 6 kr. u. 2 fl. 3 kr.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 5 kr., Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1869.

Amtlicher Theil.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben mit höchster Entschliebung vom 8. d. Mts. gnädigst geruht, die erledigte Lehrstelle am Realgymnasium und der höheren Bürgerschule dahier dem Professor Robert Salzer am Pädagogium und an der höheren Bürgerschule in Pforzheim zu übertragen;
den Professor Dr. Rudolf Schneyder an der höheren Bürgerschule in Emmendingen, und
den Professor Johann Baptist Eyteneuz an der höheren Bürgerschule in Ueberlingen an das Gymnasium in Donau-
eschingen zu versetzen;
den Professor Cornel Maier von der höheren Bürgerschule in Ottenheim an die höhere Bürgerschule in Ueberlingen, und
den Professor Dr. Karl Bächle in Ettingen an die höhere Bürgerschule in Ottenheim zu versetzen.

Nicht-Amtlicher Theil.

Telegramme.

Wien, 8. Apr. Graf Trautmannsdorf ist beauftragt worden, dem Papst zu seiner Sekundizfeier ein Glückwunschschreiben des Kaisers von Oesterreich zu überreichen.

Bukarest, 8. Apr. Ein Versuch der Partei Bratiano, gestern bei den Wahlen des dritten Kollegiums Wahlunruhen hervorzurufen, scheiterte vollständig. Im Allgemeinen sind die Wahlen für die Regierung günstig ausgefallen, doch sind einige der Haupter der Opposition gewählt worden. — Der Gemeinderath der Stadt Bukarest hat seine Entlassung genommen.

Bukarest, 9. Apr. Durch kaiserliches Dekret wird der hiesige Gemeinderath wegen seiner revolutionären Haltung während der Wahlen aufgelöst. Bratiano ist noch nicht gewählt. Die Regierung hat eine bedeutende Majorität.

Florenz, 9. Apr. Gut unterrichtete Blätter versichern, daß keine Allianz zwischen Oesterreich und Italien, sondern übereinstimmend mit Ideen des englischen Kabinetts ein Einverständnis bestehe, einen etwaigen französisch-preussischen Krieg nicht zu einem europäischen Konflikt werden zu lassen. — Der Papst verlangt ein Verzeichnis der politischen Gefangenen und wird auch eine umfassende Amnestie gemeiner Verbrecher erlassen.

Brüssel, 9. Apr. Das „Echo du Parlement“ sagt: „Wir lassen nicht zu, daß Frankreich aus der Genehmigung der Ostbahnverträge ein wesentliches Element der Lösung machen könne. Wir haben volles Vertrauen, daß die Verhandlungen zu einem Ergebnis führen, welches die Beziehungen beider Länder befestigt, in absoluter Weise die Ehre und das Interesse Belgiens wahren wird.“

Deutschland.

München, 8. Apr. Der Eisenbahn-Ausschuß hat die Gesetzentwürfe, die Ausdehnung der Ostbahnen und der Pfälzer Bahnen betr., nach den Regierungsentwürfen unverändert angenommen. Bezüglich der Ostbahnen wurde

Die Bestrebungen für die Verbesserung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Stellung der Frauen.

Vortrag, gehalten am 7. April im Auftrag des bairischen Frauenvereins von Professor Emminghaus.

In der Einleitung bekämpfte der Redner das Vorurtheil, daß sich die Nothwendigkeit der Sorge für Verbesserungen auf dem durch das Thema angezeigten Gebiete lediglich auf die, allerdings zutreffende Thatsache zu stützen habe, daß bei den meisten Kulturvölkern die erwachsene weibliche Bevölkerung die männliche der Zahl nach überwiege. Diese Thatsache, welche einen der natürlichen Gründe für die Gefolgschaft einer größeren Zahl von Frauen, als außerdem ehelos bleiben würden, abgebe, sei nur bei der Lösung des Problems der „Frauenfrage“ nicht außer Acht zu lassen. Sodann ward eine Schilderung der aus dem gesammten Kulturstande unserer Zeit sich ergebenden Idealvorstellungen von dem wünschenswerthen Loos der Frau versucht und dieser Schilderung eine solche der thatsächlich bestehenden Verhältnisse gegenübergestellt. Aus dem Abhange der Wirklichkeit von dem Ideale ergebe sich das Problem der sogenannten Frauenfrage. Die Lebensstände, welche es zu befeitigen gelte — so führte der Redner des Näheren aus — seien begründet in gewissen Mängeln in der Methode der öffentlichen (und auch der häuslichen) weiblichen Erziehung; in tief eingewurzeltten Vorurtheilen über die Lebensstellung der Frau; in Gesetzen, welche die wirtschaftliche Freiheit der Frau zu Gunsten des Mannes beschränkten, und, wo solche Gesetze auch beseitigt sind, in ihren Nachwirkungen; im Mangel an Verständnis gewisser wirtschaftlicher Naturgesetze.

Irthümer, Unkenntnis, Vorurtheile seien es, die es zu bekämpfen gelte. Diese Aufgabe könne erfolgreich nur auf dem Wege genossenschaftlicher Vereinigung gelöst werden. Auf diesem Wege seien aber neben der Hinwegräumung entgegenstehender Hindernisse auch positive Verbesserungen anzustreben. Der Vortragende würdigte die zu solchen

im Protokoll der Wunsch nach einer präziseren Bezeichnung der Bahnrückstellungen ausgesprochen; bei den Pfälzer Bahnen hat in Folge divergirender Ansichten, was beim Nichtzustandekommen der Fusion zu thun sei, eine animirte Debatte stattgefunden.

Darmstadt, 7. Apr. Die auf dem gegenwärtigen Landtag bezüglich der Reform der Verfassung der evangelischen Kirche des Großherzogthums gestellten Anträge verschiedener Abgeordneten sind von dem Referenten des zweiten Ausschusses, Hrn. Abg. Zentgraf, dem Groß-Ministerium des Innern zur gefälligen Meinungsäußerung seiner Zeit mitgetheilt worden. Die vor einigen Tagen von dem Hrn. Ministerpräsidenten v. Dalwigk hierauf erteilte Antwort lautet nach der „Darmst. Ztg.“ dahin, „daß der Großherzog auf eine den kirchlichen und religiösen Bedürfnissen der evangelischen Bevölkerung entsprechende Aenderung der inneren Verfassung der evangelischen Kirche des Großherzogthums einzugehen geneigt ist, und daß zur Ausführung dieser Intention bereits die geeigneten Einleitungen getroffen sind.“

Leipzig, 6. Apr. (Numb. Kor.) Die Reichstags-Ergänzungswahlen in Sachsen sind nunmehr beendet. An Stelle von drei Demokraten (Schaffrath, Schreck und Wammen) und einem Konservativen (Sachse) sind zwei konservative (Ackermann und Seiler), ein Demokrat (Eysoldt), und ein Kassallener (Wende) gewählt worden. Bei der Stichwahl zwischen dem Letzteren und dem konservativen Leipziger Kreisdirektor v. Burgsdorf enthielten sich die Nationalliberalen theils der Wahl, theils stimmten sie für Wende. Bei einer früheren Stichwahl zwischen einem Nationalliberalen und einem Kassallener hatten auch die Konservativen für den Letzteren gestimmt.

Braunschweig, 5. Apr. Nach der „Hildesh. Allg. Ztg.“ ist der Verkauf unserer Staats-Eisenbahnen vor einigen Tagen perfekt geworden. Der Verkauf ist vermittelt worden durch die Bank für Handel und Industrie zu Darmstadt; als Erwerber werden drei Gesellschaften bezeichnet, darunter die Berlin-Potsdam-Magdeburger und die Bergisch-Märkische Eisenbahn-Gesellschaft. Das Land ist im Allgemeinen mit der Maßregel einverstanden, um so mehr, als es zu seiner Regierung das feste Vertrauen hat, daß dieselbe die Uebernahme, die man auf etwa 10 Millionen angibt, zum Besten des Landes zu verwenden wissen werde.

Hamburg, 8. Apr. In der gestrigen Sitzung der Bürgererschaft fand die Beratung über den wiederholten dringlichen Antrag des Senats, betreffend die Vertheilung des Staates bei dem Aktienunternehmen der Zollvereins-Niederlage, statt. Der von Zimmermann und Genossen gestellte Antrag auf Verweisung an einen Ausschuß von 7 Mitgliedern wurde mit 87 gegen 69 Stimmen abgelehnt, und der Senatsantrag in namentlicher Abstimmung mit 97 gegen 66 Stimmen angenommen. Auf die zweite Lesung des Gesetzentwurfs leitete die Versammlung mit großer Majorität Bericht.

Berlin, 7. Apr. Der Ausschuß des Bundesraths für das Justizwesen hat über den Antrag des Reichstags wegen Aufhebung der aus dem religiösen Bekenntnisse entspringenden Beschränkungen der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte schriftlichen Bericht erstattet. Der Ausschuß hat nach der „E. S.“ die Kompetenzfrage

Zweck sich darbietenden Mittel (Frauenbazar, Arbeitsnachweisungs- und Stellenvermittlungsbüreau, Produktivgenossenschaften, Errichtung von Bildungsanstalten jeder Art, Einwirkung auf die Staatsgesetzgebung, Fabrikantenvereine nach Art der Sociétés industrielles in Wilhausen im Elsaß), je nach ihren Besonderheiten, und zeigt, daß, wenn die mit der „Frauenfrage“ sich beschäftigenden Vereine diese Mittel mit Aussicht auf Erfolg in Anwendung bringen wollen, die Theilnahme der Männer an solchen Vereinen nicht abzuweisen sei. „Es ist nicht die Sache der Frauen, um die es sich hier handelt, es ist die Sache der gesammten Kultur. Deshalb mügen sich Frauen und Männer in solchen Vereinen zusammensuchen, welche sich die Lösung der „Frauenfrage“ zur Aufgabe machen. Es findet sich Arbeit für die vereinten Kräfte und spezifische Arbeit bald für die Einen, bald für die Andern.“ Hierauf entwarf der Redner in flüchtigen Zügen ein Bild der zur Lösung des Problems in neuerer Zeit in verschiedenen Ländern gemachten Anstrengungen, bei Dem, was in Deutschland geschehen, etwas länger verweilend.

Der Vortrag schloß mit den Worten: „Wenn andere von dieser Stelle aus gehaltene Vorträge die Aufgabe der belehrenden Unterhaltung hatten, so ist mir die nicht minder dankbare Aufgabe zugefallen, durch die orientirende Beleuchtung einer der wichtigsten unserer Zeitfragen neue Theilnahme für den Verein zu wecken, in dessen Namen wir versammelt sind, und der eben jetzt der Mitwirkung zur Lösung dieser Zeitfrage seine besten Kräfte widmet. Möchte es mir gelingen sein, die neuen Anstrengungen, welche der Verein nach dieser Seite hin machen wird, einigermaßen ersprießlich vorzubereiten!“

Der Berichterstatter kann sich diesem Wunsche nur aus ganzem Herzen anschließen.

Hegel-Denkmal. Am 27. Aug. 1870 ist der 100jährige Geburtstag des berühmten Philosophen G. W. Fr. Hegel. Die philosophische Gesellschaft zu Berlin, welche vor 26 Jahren von Schü-

entschieden befaßt, da es sich hier um staatsbürgerliche Rechte handelt; was die Zweckmäßigkeit betrifft, so wurde sie zwar nicht unbedingt zugegeben, vielmehr hinsichtlich der Einführung neuer Förmlichkeiten für die Eidesleistung geradezu gelangnet; die für diese Angemessenheit geltend gemachten Gründe behielten jedoch das Uebergewicht, selbst auf die Gefahr hin, daß mit der Verkündung dieses Grundrechts eine Bahn betreten werde, die bei der Beratung der Bundesverfassung von den verbündeten Regierungen bekämpft und abschichtlich gemieden worden ist. Der Ausschuß schlägt dem Bundesrathe folgenden Gesetzentwurf vor:

Der Genuß der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte ist unabhängig von dem religiösen Bekenntnis, insbesondere ist die Fähigkeit zur Theilnahme an der Landes-, Provinzial-, Kreis-, Amts- oder Gemeindevertretung und die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Aemter von dem religiösen Bekenntnis nicht abhängig. Auf die bürgerlichen und staatsbürgerlichen Pflichten übt das religiöse Bekenntnis keinen Einfluß. Einrichtungen oder Vorschriften, welche mit der Religionsübung im Zusammenhange stehen, werden durch dieses Gesetz nicht berührt.

Berlin, 7. Apr. Die Nachricht, die Berufung des Zollparlaments für dieses Jahr sei zweifelhaft geworden, wird von unterrichteter Seite für unbegründet erklärt. Die ursprünglichen Dispositionen bestehen unverändert fort und werden nach Absicht der Regierung die Arbeiten des Parlaments bis Mitte Juni wahren.

Berlin, 8. Apr. Sitzungen des Reichstags vom 8. April.

Das Haus genehmigt den Antrag des Abg. Runge wegen Aufhebung des gegen den Abg. Dunder anhängigen Strafverfahrens während der Dauer der Session und beginnt die (2.) Beratung über den Gewerbeordnungsentwurf.

Der § 1 gestattet den Betrieb des Gewerbes Jedermann, so weit nicht durch dieses Gesetz Ausnahmen oder Beschränkungen vorgeschrieben oder zugelassen sind. Wer gegenwärtig zum Betriebe eines Gewerbes berechtigt ist, kann von demselben nicht deshalb ausgeschlossen werden, weil er den Erfordernissen dieses Gesetzes nicht genügt.

Abg. Graf Kleist wollte die Einsetzung von Prüfungsbehörden für Bauhandwerker (und Hufschmiede nach dem Antrag des Abg. Dr. Friedenthal). Dieser Vorschlag, wie eine redaktionelle Verbesserung, welche Abg. Dr. Baehr beantragt, werden abgelehnt, der § 1 nach der Vorlage unverändert angenommen. — Die §§ 2-5 gelangen ohne Diskussion zur Annahme. Damit ist die Unterabteilung zwischen Stadt und Land aufgehoben, der gleichzeitige Betrieb verschiedener Gewerbe gestattet. — Der § 6 zählt die Gewerbe auf, auf welche das Gesetz keine Anwendung findet, z. B. auf das Bergwesen, auf die Fischerei, die Ausübung der Heilkunde, die Errichtung von Apotheken, das Unterrichtswesen, den Betrieb von Lotterielocals, das Abbedereweisen u. s. w. Die Abgg. v. Hennig und Runge schlagen vor, das Abbedereweisen zu streichen und nur das öffentliche Unterrichtsweisen der Anwendung dieses Gesetzes zu entrücken. In Betreff des Abbedereweisens wird die Beschlußnahme angelehnt, bis über die §§ 7, 8 und 9, zu welchen die Abgg. Runge und v. Hennig ebenfalls Abänderungsvorschläge gemacht haben, beschloffen sein wird. Was den Antrag wegen des öffentlichen Unterrichtsweises angeht, so wird derselbe, nachdem Präsident Delbrück bringend die Ablehnung desselben befehrt, Abg. Twesten dagegen für denselben plaidirt hatte, beim Namensaufruf mit 100 gegen 82 Stimmen abgelehnt, der § 6 vorbehaltlich des Abbedereweises angenommen, ebenso auch eine von den Abgg. Runge und v. Hennig vorgeschlagene Resolution,

lern und Freunden Hegel's gestiftet worden, hat die Errichtung eines Denkmals Hegel's zu seiner Säcularfeier in Berlin, dem Ort seiner eingreifendsten Wirksamkeit, beschloffen. Sie fordert zu diesem Zweck die Gebildeten aller Nationen in einem Aufruf zu Beiträgen auf.

Seeesemünde, 5. Apr. Siebzehn militärpflichtige Leute, welche sich ihrer Pflicht durch die Auswanderung nach Amerika entziehen wollten, wurden, laut „Br.-Ztg.“, am Samstag hier verhaftet und gleichzeitig ein Verfahren gegen die Auswanderer-Expedienten, bei welchen die Leute Verträge abgeschlossen hatten, eingeleitet. Die Verhafteten sind, der „Nordf.-Ztg.“ zufolge, größtentheils aus den alten Provinzen.

Das Huf-Komitee in Prag hat beschloffen, das 500jährige Jubiläum der Geburt von Johannes Huf nicht in Konstanz, sondern in Hufsteyn, dem Geburtsort des böhmischen Reformators, zu feiern. Es ist bezeichnend für die Tendenz des geistlichen Hufkomitee's, daß es schon jetzt, um den Widerstand des katholischen Klerus nicht herauszufordern, darauf aufmerksam macht, die Huf-Feier habe nicht sowohl einen religiösen, als einen nationalen Charakter. Johannes Huf war allerdings für die Vertreibung der Deutschen aus Prag sehr thätig.

Paris, 7. Apr. (Köln. Ztg.) Gestern fand im „Theatre Lyrique“ die erste Vorstellung von Wagner's „Rienzi“ statt. Raddeloup dirigirte selbst. Tout Paris, wie man zu sagen pflegt, hatte sich eingefunden. Im Ganzen genommen, ging es ziemlich stürmisch zu. Einzelne Stellen des Rienzi fanden ungetheilten Beifall, andere erregten aber Beifall und Zischen, wobei jedoch den Anhängern Wagner's immer der Sieg verblieb. Die Gegner Wagner's räumten zuletzt das Feld und die Vorstellung schloß unter ungetheiltem Beifall. Die Oper wird jedenfalls eine größere Zahl von Vorstellungen erleben. Doch muß man abwarten, wie das große Publikum, welches gestern nicht im Theater vertreten war, sie aufnehmen wird.

den Bundeskanzler zur Vorlage eines Gesetzentwurfs aufzufordern, durch welchen unter Absehen von jedem Nachweis des Bedürfnisses und der Lebensfähigkeit der Betrieb des Apothekergewerbes und der Verkauf von Arzneimitteln für das ganze Bundesgebiet einheitlich geregelt würde, angenommen. Bundeskommissar Geh. Rath Dr. Mischalis hatte vorher die Versicherung abgegeben, daß die Resolution, falls sie angenommen werden sollte, von den Bundesregierungen ernstlich werde in Erwägung gezogen werden.

Die Diskussion geht nunmehr auf die §§ 7, 8 und 9 gleichzeitig über, die von den Aufhebungen und Abfindungen der Zwangs- und Bannrechte handeln. Die Abgg. Runge und Hennig wollen diese 3 Paragraphen durch einen einzigen Paragraphen ersetzen, der einfach die Aufhebung der Gewerbeberechtigungen, Zwangs- und Bannrechte u. s. w. vom 1. Januar 1871 festsetzt, während die Vorlage den Termin für die Aufhebung und Abfindung auf den 1. Januar 1875 annimmt, welchen Termin (nach dem Amendement Runge) der Abg. v. Bernuth auf den 1. Januar 1873 bestimmt sehen will. Präsident Debrück erörtert die Gesichtspunkte, von denen die Bundesregierungen bei den Festsetzungen in diesen Paragraphen ausgegangen sind. Er stellt den Grundsatz auf, daß man mit der Aufhebung von Privatrechten, mit Expropriationen, um die es sich hier handelt, nicht weiter gehen darf, als es das öffentliche Interesse erfordert, und daß man die Entschädigungsfrage in Betreff der Anweisung des Bundesgesetzes auf die Landesgesetzgebung so enge Grenzen stecken muß, als es das dringende Interesse gebietet. Vorschlag.

Berlin, 8. Apr. Bei der Infanterie der hiesigen Garnison finden jetzt die in jedem Frühjahr herkömmlichen Kompagnievorstellungen statt. Binnen kurzem werden die Bataillonsübungen ihren Anfang nehmen. — Das neuerdings in französischen und belgischen Blättern umlaufende Gerücht von der Bildung eines preussischen Uebungslagers am Rhein erweist sich als eine völlig grundlose Tendenzfindung. An den maßgebenden Stellen ist von solchem Vorhaben niemals die Rede gewesen. In den wesentlichen Provinzen erfolgen in diesem Jahr überhaupt keine umfassenden Truppenzusammenziehungen. Es werden dort, wie auch in andern Landestheilen, gegen Ende des Sommers bloß Divisionsübungen abgehalten. Zu den großen Herbstmanövern sind für dies Mal das 1. und 2. Armeekorps (Preußen und Pommern) kommandirt.

Seit kurzem treffen aus den östlichen Landestheilen, namentlich aus Pommern, Westpreußen und Posen, zahlreiche Züge von Auswanderern hier ein. Dieselben reisen meistens nach Bremen, zum ansehnlichen Theil auch nach Hamburg weiter, um sich von diesen Seehäfen vorwiegend nach Nordamerika zu begeben. Die Auswanderung nach anderen Theilen Amerikas, sowie nach Australien ist von den preussischen Ostprovinzen aus nur sehr gering.

In der heutigen Sitzung des Norddeutschen Reichstages wurden auffallend viele Urlaubsgesuche angemeldet. Unter denselben befand sich auch eines vom General der Infanterie Bogel v. Falkenstein, welcher seit einigen Tagen erkrankt ist. In Folge der raschen Witterungswechsel herrschen hier überhaupt viele Krankheiten. Am meisten treten katarrhalische und rheumatische Leiden hervor.

Die hiesige „Bfz.“ spricht von einer angeblich schon beschlossenen Kurreise Sr. Maj. des Königs nach Karlsbad und von einer dabei beabsichtigten Zusammenkunft mit Sr. Maj. dem Kaiser von Oesterreich. Diese Meldungen beruhen auf bloßer Kombination. So früh im Jahr pflegen in Bezug auf Sommerreisen noch keine Bestimmungen getroffen zu werden. Auch wird mir versichert, daß derartige Beschlüsse thatsächlich noch nicht gefaßt seien. — Die „Danz.“ berichtet: Der Regierungspräsident v. Göthe in Göslin sei zum Präsidenten der Regierung in Danzig ernannt. Statt seiner werde der Regierungspräsident v. Dieß von Wiesbaden nach Göslin kommen und in Wiesbaden durch den Geh. Reg. Rath Grafen zu Eulenburg ersetzt werden. Von einer solchen Stellenbesetzung ist auch hier allerdings die Rede. Entscheidungen darüber sind aber noch nicht erfolgt.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 6. Apr. Der Vertreter der provisorischen Regierung von Madrid, schreibt man aus Paris, ist in der Lage gewesen, den Kaiser Napoleon über die Stimmung sondiren zu müssen, welche die französische Regierung dem einen oder dem andern Kandidaten für den spanischen Thron entgegenbringe. Der Kaiser hörte, sagt unser Gewährsmann, die Auseinandersetzungen, die wesentlich darauf berechnet waren, ihn für die augenblicklich im Vordergrund stehende Kandidatur zu gewinnen, schweigend an, um schließlich den Delphischen Orakelspruch zu geben: „Nehmen Sie die Versicherung, daß ich mich jederzeit für das kleinere Uebel zu entscheiden pflege.“

Wien, 7. Apr. Der Fürst von Montenegro schickt sich dem Vernehmen nach an, nach Konstantinopel zu gehen, und seine Anwesenheit dort würde ohne Zweifel im Bereiche der orientalischen Frage ein Ereigniß genannt werden müssen. Wenn er in Konstantinopel erscheint, so kann er nur als Lebenssträger des Großherrn vor denselben treten, und das dürfte andererseits für den Lehnsherrn die Veranlassung sein, dem Vasallen, der sich offen als solcher bekennt, diejenigen Zugeständnisse zu gewähren, welche er dem Lehnsherrn vorzuenthalten sich verpflichtet erachten möchte. Die Verhandlungen über den jedenfalls bedeutenden Schritt sind bereits eingeleitet und der Fürst hat sich sofort überzeugen können, daß er in Konstantinopel persönlich und sachlich auf das freundlichste Entgegenkommen rechnen darf.

Rumänien.

Bukarest, 7. Apr. In Folge des der Opposition ungünstigen Wahlresultates in den ersten beiden Wahlkollegien versuchte die regierungsfreundliche Partei heute Ruhestrunzen und Straßenaufmärsche in Szene zu setzen. Der Conseilpräsident Ghita begab sich ohne Begleitung mitten unter die Menge und erlangte es durch eine kurze Ansprache, daß dieselbe sich ruhig zerstreute.

Italien.

Florenz, 4. Apr. (Frff. Z.) Unsere Stadt ist von Fremden überfüllt, die sich des schlechten Wetters wegen hierher

flüchten; die anhaltende Kälte macht den Aufenthalt auf dem Lande unerträglich. — Die Gerüchte über eine Allianz mit Oesterreich tauchen seit der Anwesenheit des Generals Möring wieder auf, werden aber in Regierungskreisen auf's Bestimmteste dementirt. Der Hof ist über die Wiederherstellung freundschaftlicher Beziehungen mit der österreichischen Kaiserfamilie sehr erfreut, und Italien kann es nur nützlich sein, mit allen Mächten gut zu stehen und dadurch der Vormundschaft einer einzelnen los zu werden. — Der Königl. Pallast in Neapel ist nebst seinen weitläufigen Gärten einem Konsortium verschiedener Gemeinden überlassen worden, welche darin ein landwirthsch. Institut anlegen; der Staat übernimmt die dazu erforderlichen Einrichtungen. Die Stadt Neapel trägt einen bedeutenden Theil der Kosten.

Florenz, 7. Apr. Der General v. Sonnaz soll heute mit zwei Ordnonanzoffizieren des Königs von Italien nach Wien abreisen.

Rom, 7. Apr. Das Gerücht, daß der Herzog von Parma, der vorgestern vom Papst getraut worden ist, seinen Wohnsitz in Rom aufschlagen wird, ist unbegründet.

Frankreich.

Paris, 8. Apr. Sitzung des Gesetzgeb. Körpers vom 7. Apr.

Das Amendement Vicaire über öffentliche Bekanntmachung der Wahlliste in jeder Gemeinde wird mit 162 gegen 38 Stimmen nicht in Betracht gezogen.

Behmont begründet ein von ihm und mehreren Genossen der Opposition ausgegangenes Amendement, dahin gehend: „Da alle Kandidaturen vor dem Gesetz gleich sind, so dürfen die Beamten der Zentral-, Departemental- und Kommunalverwaltung die Stimmzettel nicht vertheilen.“ Behmont sieht die Verwendung des Feldhüters in den Landgemeinden als ausschließlichen Wahlgagenten des offiziellen Kandidaten für einen groben Mißbrauch an, den man im Interesse der Autorität selbst abschaffen mußte.

Der Minister Forcade: Wir werden bei den Wahlen uns aller legitimen Mittel bedienen, welche die Zentralisation zu unserer Verfügung stellt (sehr gut, sehr gut!), d. h. wenn man falsche Nachrichten, Verleumdungen oder illusorische Versprechungen verbreitet, so werden wir für alle Beamte das Recht aufrecht erhalten, denselben entgegenzutreten. Was die Vertheilung der Stimmzettel durch die Mairens und mit Hilfe des Feldhüters anlangt, so konstituirte dies weder ein Wahlmandat, noch einen von Seiten der Administration ausgeübten Druck.

Der Marquis v. Grammont verlangt die Ansicht des Ministers zu kennen über das Verfahren gewisser Maires, welche den Feldhütern anempfehlen, dem Wähler zu sagen, daß ihm der Befehl erteilt wird (lärmende Unterbrechung), den Stimmzettel zugleich mit der Wahlkarte zurückzubringen.

Hr. Forcade: Die Maires haben nicht das Recht, derartige Befehle zu geben. Sie haben auch gar nicht nöthig, zu benehmen ihre Zustucht zu nehmen, denn es besteht zwischen ihnen und den Bevölkerungen eine Solidarität und ein Einverständnis, um die Regierung zu unterstützen, welche uns genügt.

Vuillet hebt die Ungerechtigkeit hervor, die darin liegt, die offiziellen Kandidaten von den Kosten und sonstigen Lasten zu befreien, welche die anderen Kandidaten zu tragen haben. Er zitiert sich selbst als Beispiel und bemerkt, daß er in seinem Wahlbezirk 400,000 Stimmzettel habe vertheilen lassen, und trotz dieser kostspieligen Vertheilung, die als überreichlich erscheinen kann, war in einzelnen Gemeinden die Zahl der Stimmzettel so gering, daß einzelne Wähler ihre Stimmzettel haben selbst schreiben müssen. Die durch den Feldhüter zu Gunsten des offiziellen Kandidaten gemachte Vertheilung ist zugleich weit weniger förmlich, exakter und vollständiger. Wenn man die vollkommene Aufrichtigkeit der Wahlen sicherstellen will, so muß entweder der Feldhüter die Stimmzettel aller Kandidaten oder gar keine vertheilen. (Bewegung in verschiedenem Sinne.)

Jules Favre: Nach der vom Hrn. Minister dem Hrn. v. Grammont erteilten Antwort zu urtheilen, scheint mir festzuhalten, daß die Maires einerseits keine Pression auf die Wähler ausüben sollen und daß es ihnen andererseits gestattet ist, ihren Einfluß zu Gunsten des einen Kandidaten zu verwenden. Wenn Dem so ist, so darf es wenigstens nicht der Agent, der den Zwang repräsentirt, welcher mit Vertheilung der Stimmzettel beauftragt wird (Lärm), denn der Wahl, den er erteilt, kann — ich wiederhole es — vom Wähler wie ein Befehl angesehen werden. (Neue Unterbrechung.)

Hr. Forcade: Aus den zwischen den Maires und den Bevölkerungen bestehenden Sympathien sind die großen Wahlströmungen hervorgegangen, die das Kaiserreich geschaffen haben und aus denen es noch jetzt seine Kraft schöpft. (Sehr gut, sehr gut!) Die Maires und die Bevölkerungen haben gegen die Verwaltung reagirt, um aus dem Kandidaten ihrer Wahl den offiziellen Kandidaten zu machen. Wir verlangen nun von den Maires nichts als die intelligente und gewissenhafte Verwendung ihres Einflusses für die Vertheidigung der Regierung und für den Triumph der Prinzipien, deren Schutz ihnen anvertraut ist.

Das Amendement wird mit 169 Stimmen gegen 44 zurückgewiesen. Ein hierauf vom Vicomte Clary eingebrachtes Amendement zur Erhöhung der dem Ministerium des öffentlichen Unterrichts zur Verfügung stehenden Fonds, um alle, emeritirte Schullehrer zu unterstützen, wird ebenfalls und zwar mit 180 gegen 90 Stimmen verworfen. Die Kammer votirte schließlich nach einander die Kredite für die 2. und 4. Sektion des Ministeriums des Handels und der öffentlichen Arbeiten und für die 3. Sektion des Ministeriums des Kaiserl. Hauses, sowie die Art. 3, 4 und 5 des Gesetzentwurfs. — Schluß der Sitzung.

Paris, 9. Apr. Der „Patrie“ zufolge gehen die von Hrn. Frère-Orban angeknüpften Unterhandlungen ohne Unterbrechung vorwärts, und schon scheint die Lösung der Schwierigkeiten bezüglich der Eisenbahnen gesichert. Man glaubt, daß die drei Minister Alles unter sich abmachen werden, ohne daß es nöthig sein wird, eine gemischte Kommission einzusetzen, und daß in diesem Falle die Prüfung der Einzelheiten, welche lange und eingehende Nachforschungen nöthig macht, den Chefs der hiefür kompetenten Abtheilungen der betreffenden Ministerien überlassen werden wird.

Die „France“ meldet, daß vorgestern wieder mehrere öffentliche Versammlungen von der Behörde aufgelöst worden sind; so die Versammlung des Pré-aux-Clercs, des Saales

Molière und der Straße Rochepouart. In letzterer Versammlung äußerte ein Redner: „Alle Reformen, auf die ich aufmerksam gemacht habe, sind durchaus nothwendig; wenn man sie uns nicht zugesetzt, so würden wir sie nehmen.“ Der Polizeikommissar löste die Versammlung auf, die aber erst auseinander ging, als sie gewaltsam dazu gezwungen wurde. Uebrigens wurden keine Verhaftungen vorgenommen.

Dem „Journ. de Paris“ zufolge wäre die Rede von der Aufhebung der Kasse der Arbeiter von Paris. — Man glaubt, daß der Gesetzgeb. Körper seine Sitzungen bis zum 22. d. M. schließen wird. — Rente 70.30, Cred. mob. 268.75, ital. Anl. 55.75.

Spanien.

Madrid. Der Privatkorrespondent des Pariser „Constitutionnel“ bestätigt und ergänzt die bereits mitgetheilte Nachricht, daß Don Fernando nunmehr speziell seine Absicht kundgegeben hat, die spanische Krone nicht anzunehmen. Da nun andererseits die Kandidatur Montpensier als unmöglich betrachtet wird, so ist der Rücktritt des Marschalls Serrano und des Admirals Lopez wahrscheinlich. Was Prim betrifft, so glaubt man, daß er aus seiner reservirten Haltung weniger denn je heraustreten wird. Man spricht also davon, die Kombination wieder aufzunehmen, von der bereits seit einiger Zeit gesprochen wurde, nämlich die des Direktoriums. So der „Constitutionnel“. Er fügt bei:

So scheint denn Spanien noch auf lange hin zu dem Regime des Provisoriums und der Unentschiedenheit verurtheilt, dessen Gefahren wir schon so oft darzulegen gesucht haben. Trotz der schönen Hoffnungen, welche die September-Revolution erweckte und die in prunkvollen Reden so enthusiastischen Ausdruck fanden, scheint das spanische Volk heute nicht weiter zu sein, als es am Tage nach der Revolution war. Die Schwierigkeiten haben zugenommen, die Parteien, die sich zuerst einig zeigten, sind zerklüftet jetzt als je, und der Bürgerkrieg droht für eine nahe Zukunft. Wohl ist ein Verfassungsentwurf den Cortes zur Berathung vorgelegt worden, aber wenn bloße Verfassungsentwürfe zur Ruhe und zum Wohlstand eines Landes hinreichen, so müßte Spanien, welches so viele Verfassungen hat entworfen und zu Grunde gehen sehen, das ruhigste und blühendste Land von der Welt sein.

Madrid, 7. Apr. Cortesitzung. Mata, Mitglied der Kommission, welcher Hrn. Figueras antwortet, sagt, die Frage der Aufhebung der Sklaverei werde nach Ankunft der Abgeordneten von den Kolonien zur Verhandlung kommen. Er sucht sodann zu zeigen, daß der Artikel bezüglich der religiösen Frage geeignet ist, selbst diejenigen zu betriebligen, welche die bedeutendsten Anforderungen stellen. Em. Castelar bedauert, daß die Verfassung dem Monarchen eine so große Autorität einräumt. Er findet, die individuellen Rechte seien nicht genügend garantirt. Die Republik allein könne dem Geist der September-Revolution Genüge leisten. Er tadelt schließlich lebhaft die Progressisten, weil sie sich nicht im voraus der Annahme des Don Fernando versichert haben, ob sie ihre Wahl auf diesen Fürsten fallen ließen. Marschall Serrano antwortet Hrn. Castelar kurz, und erklärt schließlich, daß jede Restauration, sei sie nun karlistisch oder isabellitisch, unmöglich ist. Salustiano de Diosa antwortet sodann auf einige persönliche Angriffe des Hrn. Castelar. Die Diskussion des Verfassungsentwurfs wird morgen fortgesetzt.

Madrid, 8. Apr. Die „Epoca“ bemerkt, daß, obgleich man noch keine Nachricht vom Eintritt karlistischer Banden in Spanien hat, die Regierung dennoch beschlossen habe, eine Brigade unter dem Befehl des Brigadiers Vargas nach den Nordprovinzen abzurücken zu lassen.

Belgien.

Brüssel, 7. Apr. Die „Indep. Belge“ bringt an derselben Stelle wie gestern eine zweite Korrespondenz aus Paris über die Verhandlungen zwischen der französischen Regierung und Hrn. Frère-Orban, indem sie zugleich mit großer Bestimmtheit die vollständige Nichtigkeit dieser, wie der früheren Mittheilung behauptet. Es heißt darin u. A.:

Wie ich Ihnen gestern schrieb, erstreckten sich diese ersten Besprechungen hauptsächlich auf die allgemeinen Fragen. Die französische Regierung hat ihre Absichten kund gegeben, ohne sie zu formuliren; wie es scheint, wird sie Hrn. Frère die Initiative zu praktischen Vorschlägen überlassen. Wie man versichert, haben die zwischen Hrn. Rouher und Hrn. Frère in der Konferenz am Montag gewechselten Erklärungen die Lösung, welche das französische Kabinett verfolgt, mit Bestimmtheit angeben. Der Staatsminister soll sich bemüht haben, alle Argumente zu widerlegen, welche der belgische Kabinetchef in der Berathung über das Gesetz vom 23. Febr. gegen die Verträge der Gesellschaften aufgestellt hatte; er soll sich bestrebt haben, zu beweisen, daß der Betrieb der belgischen Eisenbahnlinie durch die französischen Gesellschaften nicht im entferntesten eine ökonomische Gefahr für Belgien sei, sondern vielmehr die beste Sicherstellung für dessen wichtigste Interessen und eine der besten Bedingungen für die Entwicklung seiner kommerziellen Beziehungen mit Frankreich. Ueber diesen Punkt, der das Innerste der Frage selbst berührt, hätte dann Hr. Frère die Argumente wiederholt, welche er auf der Tribüne des belgischen Parlamentes vorgebracht hat. Der Widerspruch des Hrn. Rouher wäre sehr lebhaft, wenn auch sehr höflich gewesen. Es ist also ersichtlich, daß die französische Regierung, welche in den diplomatischen Unterhandlungen die Aufrechterhaltung über die Verträge als Bedingung der Unterhandlungen aufgestellt hatte, darauf als auf einer der Grundlagen für die Lösung besteht. In jedem Falle hofft man hier, daß auch auf diesem Boden der Ausgleich möglich sein wird, und daß Hr. Frère demogen werden könne, in Bezug auf dieses Prinzip nachzugeben, indem die Anwendung desselben mit den Garantien begleitet würde, die am besten geeignet sind, der nationalen Würde Belgiens genug zu thun und seine Industrie zu schützen. Wohlverstanden gebe ich Ihnen damit die Hoffnungen, welche man hier hegt, ohne irgend Etwas behaupten zu können, über die Entschlüsse, welche Ihre Regierung zu fassen für nöthig halten wird. Hr. Rouher und Hr. v. Savalette haben übrigens dem belgischen Kabinet bereits zu versichern gegeben, daß sie in diesem Sinne geneigt wären, Alles, was man mit Billigkeit vorschlagen könnte, zuzugestehen. In der heutigen Konferenz wird sich die Lage klären, und man denkt, dahin zu gelangen, von beiden Seiten die praktischen Grundlagen für die Ausgleichung festzustellen. Man sieht, daß sich diese Vorbereitungen

gen sehr weit von der Ernennung der gemischten Kommission entfernen. Es ist sehr wahrscheinlich, daß diese Kommission erst nach der Rückkehr des Hrn. Frère nach Brüssel gebildet werde, wohin derselbe übergeben zurückkehren wird, sobald die Unterhandlungen hinreichend vorgeschritten sein werden, um ihr Ergebnis seiner Regierung zur Berathung vorlegen zu können.

Wie versichert wird, hätte die Regierung des Großherzogthums Luxemburg den Wunsch ausgesprochen, sich bei der gemischten Kommission vertreten zu sehen, da sie für den Vertrag zwischen der Ost-Gesellschaft und der Gesellschaft Limburg-Luxemburg wirken möchte, der ihr eine direkte Verbindung mit Holland sichert.

Dänemark.

* Kopenhagen, 7. Apr. „Dagbladet“ würde die erfolgte Abreise des Kriegsministers Rasmussen, falls sie sich bestätigen sollte, als kein günstiges Zeichen für einen glücklichen Ausgang der Sache, betreffend den Verkauf der dänisch-westindischen Inseln an die Union, betrachten.

* Kopenhagen, 7. Apr. Die Mittheilungen einiger Provinzialblätter von einer eingetretenen Ministerkrisis sind bis jetzt als unbegründet und unzuverlässig zu bezeichnen.

Rußland und Polen.

St. Petersburg, 5. Apr. (Nat.-Ztg.) Die Studentenunruhen haben sich fortgesetzt, und auch die hiesige Universität ist geschloffen worden; ebenso — sagt man — jene von Kasan und von Kiew. Hier zirkulirte vorgestern auch eine Art Manifest, worin die Schulpflicht das Vereinsrecht beansprucht und die Erwartung ausdrückt, von der Gesellschaft in diesem Verlangen unterstützt zu werden. Die Sache wird um so sicherer in den Sand verlaufen, als in den verschiedenen Gesellschaftsklassen auch nicht die geringste Neigung bemerkbar ist, sich solchen Demonstrationen anzuschließen, — wie dies etwa 1861 der Fall gewesen, wo alle Welt mit der Schulpflicht sympathisirte. — Die 2. Serie der Nikolaibahn-Obligationen soll im Lauf der nächsten Woche im Ausland zur Subscription gelangen. Als Kontrahent der Emission wird das Haus Baring in London genannt. Der Vorschlag des preussischen Grafen Lehndorff, eine Bahn von Pskow nach Bialystok und von da nach Verditschew zu bauen, ist in der letzten Sitzung des Eisenbahn-Komitees nicht angenommen worden.

St. Petersburg, 7. Apr. Es wird versichert, der Bauminister, General Melnikow, werde demnächst zurücktreten und durch seinen Adjunkten, Grafen Dobryninski, ersetzt werden. Wie es heißt, ist die schlechte Ausführung der Kurst-Kiew-Bahn der Anlaß zu diesem Personenwechsel.

* In Warschau wurden zu Anfang dieses Monats ziemlich große Summen falscher Banknoten entdeckt, welche aus dem Auslande eingebracht, von jener berüchtigten Fälscherbande in der polnischen Emigration herzurühren scheinen, welche übrigens von der großen Mehrzahl der Emigration wie von allen Polen im Lande verabscheut wird. Am Morgen des 2. April wurden auch bei der Direktion der Schule des Armenhauses 100,000 R. falscher Rubelscheine à 50 R. konfisziert.

Großbritannien.

* London, 7. Apr. Das Unterhaus beschäftigte sich heute in seiner kurzen Mittags-Sitzung mit der Bill zur Verbesserung der irischen Armengesetzgebung und ist bis Abgang der Post Nichts von allgemeinem Interesse daraus mitzutheilen.

Nachdem die beiden Projekte einer Ueberbrückung und Tunnelirung des Kanals schon so lange hin und her erörtert worden sind, scheint ein drittes, jüngeres und allerdings auch weniger kostspieliges Projekt sich eher verwirklichen zu wollen, — das einer Eisenbahn-Dampffähre, welche ganze Personen- und Güterzüge, ohne ein Aussteigen, resp. Umladen nöthig zu machen, von Frankreich nach England befördern soll. Die für dieses Unternehmen, „International Communication“, zu erbauenden Fährten werden 450 Fuß in der Länge, 57 Fuß in der Tiefe und 85 Fuß in der Breite messen und, durch Dampfmaschinen von 1500 Pferdekraften getrieben, den Weg zwischen der französischen und englischen Küste in einer Stunde zurücklegen, während die Dimensionen den Einfluß der Wellen fast gänzlich paralytisiren. Die Eisenbahn-Wagen werden durch hydraulische Maschinen auf die Fährten und wieder von derselben weggebracht. Um von Ebbe und Fluth, Wind oder See unabhängig zu sein, soll auf beiden Seiten ein Hafen angelegt werden. Der englische Hafen wird Dover sein, während an der französischen Küste eine Stelle zwischen Kap Grisnez und Boulogne in Aussicht genommen ist. Das Ganze soll in weniger als drei Jahren vollendet sein und weniger als 2 Mill. Fr. kosten.

Vermischte Nachrichten.

— Heilbronn, 7. Apr. (Schw. M.) In der so eben beendeten Schwurgerichts-Verhandlung wurde Jakob Scherb von Höffingheim des am 25. Dez. v. J. an dem Wagnerjellen Kunath verübten Mordes von den Geschwornen für schuldig erkannt und vom Schwurgerichtshof zum Tode verurtheilt.

— Wollspinnerei in Worms. In der am 3. d. abgehaltenen außerordentlichen Generalversammlung wurde, nachdem die in Aussicht genommene Zeichnung auf 160,000 fl. 6proz. Prioritätsaktien ohne Erfolg geblieben war, die Auflösung der Gesellschaft beschlossen und zugleich eine Kommission, bestehend aus 5 Aktionären, erwählt, welche innerhalb eines Jahres die Liquidation zu vollziehen und über deren Ergebnis den Aktionären in Worms Rechnung zu geben hat.

— Kassel, 8. Apr. In der heute stattgefundenen Schlusssitzung in den gegen die „Heißliche Volkszeitung“ von Seiten der Staatsanwaltschaft erhobenen Anklagen wurde die Verkündung des Urtheils auf den 15. April ausgesetzt.

— Dresden, 8. Apr. In der so eben abgehaltenen Generalversammlung der sächsischen Bank waren 22 Aktionäre mit 882 Aktien, die 82 Stimmen repräsentirten, erschienen; der vorgelegte Geschäftsbericht mit Bilanz und Gewinn- und Verlustkonto wurde einstimmig genehmigt.

* Am 6. d. ist von Kiel ein Boot abgegangen, der das Panzerschiff „König Wilhelm“ durch die Gewässer der Däner führen soll.

— Prag, 8. Apr. In der „Bohemia“ erklärt Rektor Schulte, es sei unwar, daß er beantragt, den Professoren und Doktoren, welche gegen die Senatsadresse protestirt haben, durch das Ministerium eine Rüge ertheilen zu lassen. Er (Schulte) habe die Entscheidung des Senats über die Absendung der Adresse eingeholt, und der Senat habe sich für die Absendung ausgesprochen. Nach den „Nase Lists“ haben für Absendung der Adresse der Rektor, drei Doktoren der Theologie, Professor Löwe und Professor Stein (derselbe ist Protestant) gestimmt. Professor Löwe bezeichnete bei der Abstimmung den Protest gegen die Adresse als revolutionäres Treiben. Gegen die Absendung stimmten die Dekane der juridischen und theologischen Fakultät.

— Krakau, 7. Apr. Zuverlässige Nachrichten aus Wieliczka melden, daß daselbst wichtige Bestandtheile der größten Pumpmaschine gesprungen sind. Die gegenwärtige Wasserdöhe beträgt 23 Klafter.

— Durch die Zeitungen läuft gegenwärtig eine Mittheilung über große Schwierigkeiten, welche der Prinz Louis von Bourbon durchzumachen hatte, um in den Hafen der Gbe zu gelangen. Die jetzt Vermählten trafen zuerst in Paris zusammen, von wo sie, da der Vater des Prinzen, Graf Aguila (Oheim von Franz II., Erzherzog von Oesterreich) die Einwilligung zur Heirath versagte, nach Köln reisten, um sich daselbst trauen zu lassen. Der Erzbischof weigerte sich, die Schließung des Ehebandnisses zu genehmigen; doch der Prinz wich vor kirchlichen Hindernissen eben so wenig wie vor politischen oder dynastischen zurück und folgte dem Rath des Vaters der Braut — eines wohlhabenden Spaniers — der die Heirath mit günstigen Augen ansah, nach Neu-York. Aber auch hier, im „freien Lande“, war noch nicht aller Tage Abend; Prinz Louis Marie Ferdinand, Pierre d'Alcantara, stand mit seiner Braut schon vor dem Traualtar, als die Behörden der katholischen Kirche den Akt zu verhindern wußten. Jetzt blieb nichts Anderes übrig als eine Zivilehe; der Prinz begab sich mit seiner Braut, die sich nebenbei bemerkt durch außerordentliche Schönheit auszeichnen soll und Amelia Isabel Hamill heißt, zur City-Hall, um sich von dem Mayor kopuliren zu lassen. Doch weh! Der Mayor Dakley Hall war nirgends zu finden und das liebe Mädchen sah keinen anderen Ausweg, als sich zum nächsten Polizeigericht zu begeben, und dort seiner Wünsche höchsten durch Vermittlung des Richters Dodge verwirklicht zu sehen. Tanta molis erat u. s. w. [Nachträglich erzählt man, daß die Ehehindernisse darin liegen, daß die Braut dem israelitischen Glaubensbekenntniß angehört.]

Badische Chronik.

V Betrachtungen über die badische Gymnasialreform.

(Fortsetzung.)

III.

Es kommt für die Bemessung des nothwendigen Quantums von Lehrstunden zunächst auf die Bedeutung an, welche man diesen gibt. Man kann hier verschiedene Standpunkte einnehmen. Betrachtet man als ihren Hauptzweck die Controle des häuslichen Fleißes und werden sie wenigstens in unteren Klassen wesentlich nur zum Abhören aufgegebenen Lektionen verwendet; so bedarf es natürlich keiner so großen Zahl derselben, wie wenn die Lehrstunde selbst das Hauptmittel für die Ueberlieferung des Lehrstoffes bildet und die Hausarbeit nur ergänzend hinzutritt. In England herrscht unseres Wissens jene Methode vor. Da kann man z. B. wahrnehmen, daß mehrere Klassen in demselben Räume, nur etwa durch Vorhänge getrennt, ihren Unterricht erhalten — der Direktor, auf hohem Katheder thronend, überschaut das Ganze —; was allein daraus erklärbar ist, daß eben das Aufgeben der zu Hause vorbereiteten Lektionen den Hauptinhalt der Schulstunde bildet. Bei uns, in den deutschen Gymnasien, dient diese vorzugsweise zur Entwicklung des Lehrstoffes; wovon inessen das falsche Verfahren mancher Gymnasiallehrer, sich der akademischen Vortragweise zu bedienen, wohl zu unterscheiden ist.

Für untere Klassen scheint es unabweisbar, daß die Hauptarbeit in der Schule geleistet werden muß, und die häuslichen Aufgaben nur einen geringen Raum einnehmen dürfen. Denn der Knabe versteht es noch zu wenig, ohne Aufsicht und Anleitung zu lernen und zu arbeiten. In Oberklassen wäre es allerdings vielleicht wünschenswerth, wenn der Hauptaccent auf das Privatstudium gelegt werden könnte, und der Unterricht mehr nur die Anleitung und Controle dafür, als die ausführende Uebermittlung des Lehrstoffes selbst übernehme. Durch solche Gewöhnung an selbständigeres Arbeiten würde zugleich eine Brücke zu dem akademischen Studium geschlagen, das nur zu oft unvermittelt einem bis ins kleinste vorgeschriebenen Abspinnen von Schulpenen folgt.

Allein wollte man deshalb jetzt die Zahl der Lehrstunden erheblich beschränken, so wäre zu fürchten, daß man einen sicheren Vortheil um eines ungewissen Gewinnes willen aufgeben. Denn, abziehend und gereinigt wie unser modernes Leben nun einmal ist, Wer bürgt dafür, daß der frei gegebene Gymnasialist seine ausgedehnte Muse nun auch wirklich den Studien widmet? Anders ist das Verhältnis bei Internaten, d. h. in jenen Schulen, denen ihre Zöglinge ausschließlich angehören. Dort mag z. B. ein ganzer „dies akademicus“ als Arbeitstag angesehen werden; ob man aber auch bei anderen Anstalten das gewünschte Ergebnis damit erzielen würde, ist sehr zu bezweifeln. Außerdem bedürfte eine Einrichtung, wie sie z. B. in den englischen Colleges stattfindet, wo in der Regel jeder Student in seinem tutor seinen besondern wissenschaftlichen Berater hat, einer ungleich größeren Zahl von Lehrern, als sie uns zu Gebote stehen.

Wir werden daher wohl gut daran thun, für jetzt wenigstens von unserer alten Tradition nicht abzugeben, welche den Schwerpunkt der Schule in den Lektionen selbst findet. Auf den häuslichen Fleiß kann darum immerhin, zumal in Oberklassen, nicht verzichtet werden. Nur ist weise Beschränkung vonnöthen, und darf z. B. nicht jeder Lehrer die Wichtigkeit seines Unterrichts durch die Menge und Ausdehnung der Hausaufgaben dem Schüler bemerklich machen wollen. Hier muß und wird hoffentlich künftig eine strengere Controle stattfinden, als bisher; damit nicht ein Wettrennen der Vertreter der verschiedenen Fächer entsteht, bei dem die armen Jungen die Rennpferde sind.

Wie groß nun die Zahl der wöchentlichen Lehrstun-

den sein solle, dies a priori zu beweisen, dürfte an sich schwer sein; am wenigsten aber wäre hier eine solche ins Einzelne gehende technische Auseinandersetzung am Platze. Eine alte Tradition bestimmt den Lehrtag auf sechs Stunden, vier des Morgens, zwei Nachmittags; letzteres mit Ausnahme von zwei Tagen, wo auf den Nachmittags höchstens einzelne Zeichen-, Sing- oder Turnstunden fallen. Doch sollte wenigstens ein Nachmittags ganz frei bleiben.

Auch der bei uns beabsichtigte neue Lehrplan geht in keiner Klasse über dreißig wissenschaftliche Stunden hinaus; so daß, wenn auch Turnen und Singen hinzukommt, woran überdies nicht alle Schüler Theil nehmen können — das Zeichnen ist nur bis zur Quarta (einschließlich) obligatorisch —, doch über die herkömmliche Schulzeit nicht hinausgegriffen zu werden braucht.

In Organisationsfragen dieser Art, wo es sich um ein Mehr oder Weniger handelt, ohne daß man die Sache just mit mathematischer Genauigkeit aus Principien herleiten könnte, ist es tröstlich, fremde Beispiele zu Rathe zu ziehen. So wollen auch wir zum Schluß dieser allgemeinen Betrachtung thun.

In Preußen und wohl auch sonst mehrfach in Norddeutschland *) ist die Normalzahl der wissenschaftlichen Lektionen in der Woche 30; in Stuttgart (einen württembergischen Normallehrplan gibt es bekanntlich nicht) geht man bis zu 33; in der Schweiz, wo man doch auch nicht unpraktisch zu sein sich rühmt, ebenfalls bis zu 33. So wenigstens an dem Gymnasium in Zürich; an dem Berner Gymnasium beträgt die Summe der wöchentlichen Lehrstunden immerhin 30.

(Fortsetzung folgt.)

*) Nach dem sächsischen Regulativ für Gelehrtenschulen von 1846, welches unseres Wissens noch gilt, ist die Normalzahl der wissenschaftlichen Stunden auf 34 und 32 festgesetzt.

* Pforzheim, 8. Apr. Die Frage hinsichtlich der Verschmelzung der hiesigen Konfessionsschulen sollte auch in unserer Stadt gestern Abend zum ersten Mal in einer besonders dazu veranstalteten Versammlung besprochen werden; leider aber erlitt die Sache eine beklagenswerthe Störung. Der katholische Ortschulrath hatte nämlich auf Veranlassung der politischen Gemeindebehörde eine Versammlung katholischer Männer, Väter schulpflichtiger Kinder und Andere zu einer Vorberathung in das Nebenzimmer eines hiesigen Wirthslokales eingeladen, um deren Ansicht von der Sache zu vernehmen und auf Grund dessen nach Umständen dann eine allgemeine Katholikenversammlung zu veranstalten. Vor der anberaumten Zeit füllte sich aber das betreffende Lokal mit von dem katholischen Ortsgeistlichen Hrn. Pfarrverweser G r i s t herbeigekommenen Leuten voll an, so daß, als die Einladenden und Eingeladenen erschienen, dieselben zum großen Theil nicht mehr Platz finden konnten. Auch Pfarrverweser Grist erschien, und als ihm vor Eröffnung der Verhandlungen auf seine Bitte aus übergroßer Zuvorkommenheit des Vorsitzenden das Wort zu einer „kurzen“ Bemerkung gestattet wurde, erging sich derselbe in so leidenschaftlich erregter Weise und haranguirte seine weitläufige Ueberzahl bildenden Anhänger in solcher Weise, daß diese in ein wahres Toben ausbrachen und dem Vorsitzenden nichts Anderes übrig blieb, als die Versammlung aufzuheben, d. h. mit den Veranstaltern derselben das Lokal zu verlassen. Wir enthalten uns vorerst weiterer Auslassungen über die geschehenen Aeußerungen, denen im Verlauf des Abends in Mitte der zurückgebliebenen Einbringlinge noch verschiedene andere gefolgt sind, können aber den einschließenden Tadel über die Art und Weise nicht unterdrücken, wie die Versammlung, welche in der leidenschaftslossten und unparteiischsten Weise veranstaltet worden war, gestört wurde.

— Die kleine Gemeinde Westheim bei Wertheim hat ihren Lehrer freiwillig eine Jahreszulage von 75 fl. gemacht; derselbe hat jedoch nur 50 fl. annehmen zu wollen erklärt.

† Karlsruhe, 9. Apr. (Straßammer.) Heute stand einer der unvermeidlichen Landstreicher vor Gericht, welche ungeachtet wiederholter Befragung das ihnen längst eröffnete Verbot, das Großherzogthum zu betreten, nicht respektiren. Johann Knobloch von Frankenthal, den Straßanfällen wohl bekannt, wurde schon im Jahr 1841 wegen wiederholten dritten Diebstahls mit Zuchthaus und Landesverweisung bestraft, die Straßcala läuft fort bis in die jüngste Zeit, Knobloch kehrt immer wieder; am 4. Febr. d. J. aus der Straßanstalt entlassen und nach Hause geschickt, erscheint er schon am 11. d. M. hier, angeblich um sich in Freiburg nach einem Gerichtsbesuch umzusehen, der seine Sache unparteiisch untersucht. Seine heutige Vertheidigung besteht in Querelen gegen die früheren Strafen, einer Behauptung ist der jetzt 66 Jahre alte Angeklagte nicht zugänglich, er wird wegen Bruchs der Landesverweisung mit 3 Monaten Kreisgefängniß bestraft.

Der Fabrikmeister Michael Bolleminger von Kadozburg im Bayrischen erhielt wegen Körperverletzung die nämliche Strafe. Derselbe hat am 20. Febr. d. J. im Hammerwirthshaus bei Pforzheim in Folge unerheblichen Wortwechsels einem andern Schmied mit einem Schnappglaß so gewaltig auf das Auge geschlagen, daß eine auffallende Verunstaltung, nämlich theilweiser Verlust des Augenlides, eintrat.

Frankfurt, 9. Apr. — Uhr — Min. Nachm. Deferr. Kreditaktien 291, Staatsbahn-Aktien 311 1/2, National 55, Steuerfreie —, 1860r Loose 82 1/2, Deferr. Baluta 94 1/16, Apr. bad. Loose —, Amerikaner 87 1/2, Gold —.

Witterungsbeobachtungen

der meteorologischen Centralstation Karlsruhe.

8. Apr.	Barometer.	Thermometer.	Feuchtigkeit in Prozenten.	Wind.	Himmelsart.	Witterung.
Morg. 7 Uhr	27° 40,6''	+ 7,8	0,86	S.W.	fl. bew.	trüb, regn., warm
Morg. 2	27° 40,0''	+ 15,1	0,55	S.W.	fl. bew.	trüb, warm
Nacht 9	27° 40,2''	+ 10,0	0,97	S.W.	gg.	warm, Regen

Verantwortlicher Redakteur:

Dr. J. Fern. Kroenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Sonntag 11. Apr. 2. Quartal. 43 Abonnementsvorstellung. Fünfte Gastdarstellung des Königl. württembergischen Kammerjägers Hrn. Heinrich Sontheim: Der Prophet, große Oper mit Ballet in 5 Akten, von Meyerbeer. „Johann von Leyden“ — Hr. Sontheim. Anfang 6 Uhr. Ende gegen 10 Uhr.

3.r.896. Schwörstatt. Entfernen Verwandten und Bekannten theilen wir die schmerzliche Nachricht mit, daß es dem Allmächtigen gefallen hat, heute Nachmittag 1 Uhr unsern lieben Gatten, Vater, Großvater, Bruder und Schwiegervater, Freiherrn Otto von Schoenau-Wehr zu Schwörstatt, nach längerem Leiden, versehen mit den hl. Sterbsakramenten, zu sich zu rufen.

Um stille Theilnahme bitten, Schwörstatt, den 5. April 1869, Die trauernden Hinterbliebenen.

3.r.897. Tauberbischofsheim. Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, unsern lieben und guten Gatten, Vater, Schwieger- und Großvater, Herrn Bezirksarzt Dr. Josef Eduard Fries, dahier nach längerem schwerem Leiden, versehen mit den heiligen Sterbsakramenten, heute Morgen 7 Uhr zu sich in ein besseres Jenseits abzurufen.

Statt besonderer Anzeige widmen wir diese Trauernachricht entfernten Freunden und Bekannten des Dahingeshiedenen, mit der Bitte um stille Theilnahme. Tauberbischofsheim, den 6. April 1869. Im Namen der Hinterbliebenen: Fries, Apotheker in Zell i. W.

3.r.900. Freiburg. Entfernten Freunden und Bekannten geben wir die Nachricht, daß unser lieber Vater, Bruder, Schwiegervater, der pens. Obergrenzkontrolleur Holz, heute Nachmittag 1/2 Uhr an einem Herzschlag verschieden ist. Freiburg, den 8. April 1869. Die trauernden Hinterbliebenen.

In der Unterzeichneten ist erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

Hof- und Staatshandbuch des Großherzogthums Baden. Jahrgang 1869. Preis 2 fl. G. Braun'sche Hofbuchhandlung in Karlsruhe.

So eben erschien und ist in der G. Braun'schen Hofbuchhandlung in Karlsruhe zu haben: Natürliches und künstliches Leben. Eine Erzählung von W. Augustsohn. Preis 1 fl. Herausgegeben zum Vortheil des Louisehauses in Karlsruhe.

Lithographengesuch. Ein gewandter Lithograph für Schrift und kleine Zeichnungen findet dauernde und angenehme Stellung bei J. A. Binder in Bonndorf (bad. Schwarzwald). Antritt bis 19. April. Respektvolle wollen Muster und Gehaltsforderung bei freier Kost und Wohnung alsbald einreichen. 3.r.885.

Ein gutrenommiertes Agentur- u. Commissionsgeschäft sucht noch einige constante Artikel für Berlin u. Provinz Pommern, Preußen etc. - Adressen sud N. K. 232. befordern die Herren Saakenstein & Wegler in Berlin. 3.r.794.

Knopflochmaschinen, Nähmaschinen empfiehlt billigst L. Spies in Karlsruhe.

Zehn bis fünfzehn Tausend Gulden werden von einer Gemeinde als Anleihen gesucht. Wo? sagt die Exped. d. Bl. 3.r.887.

Ein Kapital von 12,000 fl. gegen mäßigen Zinsfuß auf erste Hypothek in Liegenschaften, und ohne Vermittlung, gesucht. Gef. schriftliche Anerbieten unter Ziffer 80 nimmt die Expedition dieses Blattes entgegen. 3.r.881.

MÉDAILLE DE LA SOCIÉTÉ DES SCIENCES INDUSTRIELLES DE PARIS. Keine grauen Haare mehr! Melanogène von Dioquemare aîné in Rouen. Fabrik in Rouen, rue St. Nicolas, 39. Um augenblicklich Haar und Bart in allen Nuancen, ohne Gefahr für die Haut, zu färben. - Dieses Färbemittel ist das beste aller bisher dagewesenen. Gen. Depot bei Fr. Wolff & Sohn, Hoflieferanten in Karlsruhe. 3.r.728.

Schöne Backofenplatten sind stets vorrätzig bei F. W. Haenlein, Holzhandlung in Speyer.

International-Lehrinstitut. Erziehungs-Anstalt mit Unterricht in allen Fächern: 1. Gründliche Erlernung der lebenden Sprachen, deutsch, französisch und englisch, mit oder ohne Latein. - 2. Handelschule, doppelte Buchhaltung, Correspondenz in den drei Sprachen, etc. - 3. Beständige Vorbereitung für den einjährigen Militärdienst (von ihren 24 Candidaten haben schon 22 dieses Examen in Carlsruhe und Speyer bestanden), Porteféefähndliche, das Polytchnikum, die Post, etc. - Pensionat mit strenger Disciplin. - Näheres bei der Direction in Bruchsal (Baden). Z.v.709.

HOTEL & PENSION BECKER, HEIDELBERG, am Eingang in die Stadt, nahe den Bahnhöfen. Geöffnet seit 1. April d. J. Dieses Hotel, neu erbaut, mit allem Comfort eingerichtet - bezieht sich mich dem reisenden Publikum anzuziehen - mit Versicherung reeller und aufmerksamer Bedienung. Im Parterre befindet sich ein Caffee-Restaurant, vorzügliches Mainzer und Bayerisch Bier und Billard. Für die Bewohner Carlsruhes, Mannheims und Rheinspals habe besondere billige Preise festgesetzt - bitte darauf zu achten. Es empfiehlt sich den verehrlichen Besuchern Heidelbergs bestens Friedrich Becker aus Karlsruhe.

Hamburg-Amerikanische Packetfahrt-Actien-Gesellschaft. Directe Post-Dampfschiffahrt zwischen Hamburg und New-York. Havre anlaufend, vermittelt der Post-Dampfschiffe Germania, Mittwoch, 14. April Morgons. Bahia, Sonnabend, 1. Mai; Gibraltra, do. 21. April Morgons. Cammonia, Mittwoch, 5. Mai; Westphalia, do. 28. April Morgons. Bornsio, Sonnabend, 8. Mai; Silesia (im Bau).

Die mit * bezeichneten Schiffe laufen Havre nicht an. Passagierpreise: Erste Kajüte Pr. Gr. Zehr. 165, zweite Kajüte Pr. Gr. Zehr. 100, Zwischendeck Pr. Gr. Zehr. 55. Fracht Pr. St. 2. - pr. 40 hamb. Kubiffuß mit 15 % Primage, für ord. Güter nach Uebersee. Briefporto von und nach dem Verein. Staaten 4 Sgr. Briefe zu bezeichnen „per Hamburger Dampfschiff“. Näheres bei dem Schiffsmaster August Volken, Wm. Miller's Nachfolger, Hamburg, und den bevollmächtigten Agenten Walthers & v. Neckow, Mich. Wirsching, Habus & Stoll und J. W. Bielefeld in Mannheim.

Lehrlingsstelle. 3.r.806. In einem soliden gemischten Waarengeschäfte einer badischen Fabrik- und Antikstadt Badens findet ein Lehrling nebst Kost und Logis im Hause eine offene Stelle. Franco-Offerten unter der Chiffre R. Z. in der Expedition dieses Blattes abzugeben.

Deutsche Lebens-, Pensions- u. Renten-Versicherungsgesellschaft auf Gegenseitigkeit in Potsdam. Allerhöchst concessionirt und unter staatlicher Kontrolle stehend, empfiehlt sich zu Lebensversicherungen jeder Art von 100 fl. bis 35,000 fl. Beiträge niedrig und unentbehrlich. Aufnahme und ärztliche Untersuchung rasch, liberal und kostenfrei. - Die Prämien können monatlich, viertel-, halb- oder ganzjährig bezahlt werden. Die Ausfertigung der Policen geschieht ausnahmslos schnell. Wir nehmen Anträge entgegen, und versichern bis zum 70. Lebensjahre. Insbesondere wird auch auf Kinder- und Altersvorsorge und auf Versicherung gegen Kriegesgefahr aufmerksam gemacht. Militärs jeden Grades sind aufnahmefähig. Die Gelder werden in entsprechender Höhe im Lande angelegt. Lichthe Haupt- und Spezialagenten werden auf gef. Franco-Offerten unter günstigen Bedingungen angeheilt, und jede weitere Auskunft ertheilt durch den Oberinspector der Gesellschaft Julius Heiff, Gartenstraße 5 Freiburg i. B. 3.r.883. Freiburg.

Wien- und Salz-Versteigerung. Aus der Verlassenschaftsmasse der Cirial Zimmermann's Witwe, Rosina, geb. Weinerscholl, von hier werden in deren Wohnung, Haus N. 15 in der Karlsstraße, am Mittwoch den 28. April d. J., Vormittags 9 Uhr anfangend, 120 Dhm 1868er Weine, 159 1867er, 146 1868er, 50 Etlid weingrüne Fässer von 1-48 Dhm haltend, eine Weintraube und 4 Herbstzüber gegen Baarzahlung versteigert. Freiburg, den 7. April 1869. A. A. Schille, Waisenrichter.

Haus- u. Gerberei-Versteigerung. Aus dem Vermögen des minderjährigen Hugo Fingado von Jahr werden Montag den 26. April 1869, Nachmittags 2 Uhr, im Rathhause dahier zum zweiten Mal öffentlich zu Eigenthum versteigert: Ein zweistöckiges, steinernes Wohnhaus in der Dinglinger Vorstadt dahier, neben Daniel Dörner und G. F. Fingado, mit zweistöckigem Hinterhaus, Gartenhaus, zwei großen Gerbereibänken am Gewerkskanal, Kinderscheiter, Brunnen- und Wasserrecht und ca. 350 Ruthen Garten, Haus-, Hof- und Grubenplatz, Alles ein geschlossenes Ganzes bildend, nebst Lehmziegelrecht und Lehmziegelröhren, geschätzt auf 17,000 fl. Zu den durchaus von Stein errichteten Grubengebänden befinden sich die in Stein gebauenen Färben, ein großes steinernes Gewölbe zur Schmelzgerberei, sowie die Einrichtung zum Färben der Waaren. Der Grubenhof enthält 31 große und 21 kleine Gruben, welche zur Bedienung der seit 40 Jahren erworbenen angelegten Rundscheit des verstorbenen Joh. Samuel Fingado von Jahr fortwährend gefüllt waren. Der Käufer erhält nach der Hausversteigerung Gelegenheit, auch die in der Fabrication befindlichen Waaren zu erwerben. Die Bedingungen können bei dem Unterzeichneten

tohlen angegeschlossen sind. Den 7. April 1869. Kgl. Eisenbahn-Bauamt. B r i t t g.

Staatsrechtspflege. Labungen und Forderungen. 3.r.85. Nr. 2459. Waldkirch. Lorenz Anderer von Bufenbach, Amts Gillingen, und seine Ehefrau sind eines Betruges in Betreffs der Verhältnisse zum Nachbarn des Wälders Haug und Kaufmanns Hartbrecht dahier im Gesamtbetrage von 59 fl. 21 kr. angeklagt. Da der Aufsicht dieser Angeklagten unbekannt ist, so werden dieselben andurch aufgefordert, sich binnen 4 Wochen hier zu stellen, ansonst das Erkenntnis nach dem Ergebnis der Untersuchung gefällt werden wird. Zugleich werden die verehr. Polizeibehörden gebeten, auf die Angeklagten zu fahnden, und uns auf Betreten deren Aufenthaltsort mittheilen zu wollen. Signalement des Lorenz Anderer: Alter, 37 Jahre; Größe, 6' 5"; Statur, schlank; Gesichtsfarbe, länglich; Gesichtsfarbe, gesund; Haare und Augenbrauen, schwarz; Augen, grau; Stirne, gewöhnlich; Nase, groß; Mund, gewöhnlich; Bart, schwarz; Zähne, gut; besondere Kennzeichen: keine. Waldkirch, den 7. April 1869. Großh. bad. Amtsgericht. Heilmle.

Bermischte Bekanntmachungen. 3.r.880. Karlsruhe. Bekanntmachung. Der Anfang der diesjährigen Frühjahrsprüfung der evang. Kandidaten der Theologie wird auf Dienstag den 1. Juni d. J., Vormittags 8 Uhr, festgesetzt. Diejenigen Kandidaten, welche sich dieser Prüfung unterziehen wollen, haben sich der Vorlage der erforderlichen Nachweise bei unterzeichneter Behörde zu melden. Karlsruhe, den 6. April 1869. Evang. Oberkirchenrath. R ü s t l i n.

3.r.898. Nr. 167. Baden. Holzversteigerung aus Domänenwäldungen. Bis Donnerstag den 15. d. M. werden auf dem Badener alten Schloß, früh 9 Uhr beginnend, folgende Holzsortimente mit Vorfrist bis 1. October d. J. gegen Bürgschaftleistung versteigert: 11 Stämme Wagnereichen, 582 Stämme tannenes Bauholz, 2 starke buchene Klöße zu Badmühlen geeignet, 829 tannene Säggelbe, 20 Etlid Kiefern, 225 Baumstämme und Hebspfähle, 12 1/2 buchene, 1 1/2 eichene, 63 1/2 tannene und 1 1/2 abornene Scheiter, 10 buchene, 12 tannene Prügel und 27 1/2 Klafter tannenes Stumpenholz nebst 13200 Etlid tannenen Wälden. Baden, den 8. April 1869. Großh. bad. Bezirksforstrei. K i s l i n g.

3.r.890. Ettlenheim. Steuerperquisitions-Schilfe. ein geübter, findet bei dem Unterzeichneten sofort Versteigerung. Gehalt 400 fl. Ettlenheim, den 9. April 1869. M i e r, Steuerperquisitor.

Zuttlingen. Steinfohlen-Lieferung. Zu Instandsetzung der verschiedenen Fundationsarbeiten auf den 3 Baualosen von der Landesgrenze bis zum Bahnhof Zimmernungen und diesen einschließend werden ca. einige Hundert Zentner Steinfohlen zur Heizung der Dampfmaschine erforderlich. Die Offerte wollen nun mit Angabe des Preises per Zollentner und franco Kottweil oder Zimmernungen, beziehungsweise Baustelle, verfertigt, mit geeigneter Adresse versehen, bis zum 19. April d. J., längstens Mittags 12 Uhr, bei unterzeichneter Stelle eingereicht werden. Die Kohle muß bester Qualität und daher möglichst schwefelfrei sein, auch keine kleinere Stücke enthalten, als von der Größe einer Baumnuß, daher sog. Grises.

Table with columns: Frankfurt, 8. April, Staatspapiere, Anleihen-Liste, Wechsel-Kurse. Includes entries for Prussia, France, Baden, etc. with interest rates and prices.

Table with columns: Diverser Aktien, Eisenbahn-Aktien und Prioritäten. Lists various stocks and bonds with their respective values and interest rates.

Table with columns: Gold und Silber. Lists gold and silver prices, including entries for Prussia, Baden, and other regions.